



CH-3003 Bern, KMU-Forum

**Per E-Mail**

[zz@bj.admin.ch](mailto:zz@bj.admin.ch)

Fachbereich Zivilrecht und Zivilprozessrecht  
Bundesamt für Justiz  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Sachbearbeiter/in: mup  
Bern, 11.06.2018

**Vorlage zur Änderung der Zivilprozessordnung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Unsere ausserparlamentarische Kommission hat sich an ihrer Sitzung vom 9. Mai 2018 mit der Vorlage zur Änderung der Zivilprozessordnung (ZPO) befasst, die der Bundesrat am 2. März 2018 in die Vernehmlassung gegeben hat. Wir danken Herrn Philipp Weber von Ihrem Amt für die Teilnahme an dieser Sitzung und seine Erläuterungen zu den verschiedenen Aspekten der Vorlage. Unsere Kommission hat den Entwurf entsprechend ihrem Auftrag aus der Sicht der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geprüft.

Das KMU-Forum ist der Ansicht, dass die Praxistauglichkeit und die Rechtsdurchsetzung der Bestimmungen der ZPO effektiv verbessert werden sollten. Es geht insbesondere darum, wichtige Erkenntnisse der bundesgerichtlichen Rechtsprechung, die seit der Inkraftsetzung der ZPO im Jahr 2011 gewonnen wurden, gesetzlich zu verankern. Ausserdem sollen Schwachpunkte, die bei den Analysen in Erfüllung der Motion [14.4008](#) (der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates) erkannt wurden, eliminiert und festgestellte Mängel beseitigt werden. Wir unterstützen daher die entsprechenden punktuellen Anpassungen in der Vorlage. Sie werden die Rechtssicherheit und Rechtsklarheit der Bestimmungen der ZPO verbessern und die Kosten der Rechtsdurchsetzung für die betroffenen Privatpersonen und Unternehmen reduzieren. Eine effiziente Rechtspflege trägt zur wirtschaftlichen Prosperität bei.

Nach Meinung des KMU-Forums muss auch das Prozesskostenrecht angepasst werden, um die Schranken des Zugangs zum Gericht zu senken. Nur wenn sich das Privatrecht im Streitfall ökonomisch effizient durchsetzen lässt, ist es auch nützlich. Daher unterstützen wir den Vorschlag der Halbierung der Prozesskostenvorschüsse und die Anpassung der Kostenliqui-dationsregelung. Wir sind der Ansicht, dass das Kostenrisiko nicht von den Parteien getragen werden sollte (wie dies in gewissen kantonalen Gesetzgebungen vor dem Inkrafttreten der ZPO bereits der Fall war).

Ausserdem sprechen wir uns für die Schaffung eines speziellen Mitwirkungsverweigerungsrechts für Unternehmensjuristinnen und -juristen aus. Diese Anpassung dient der Umsetzung

**KMU-Forum**

Holzikofenweg 36, 3003 Bern  
Tel. +41 58 464 72 32, Fax +41 58 463 12 11  
[kmu-forum-pme@seco.admin.ch](mailto:kmu-forum-pme@seco.admin.ch)  
[www.forum-kmu.ch](http://www.forum-kmu.ch)

der parlamentarischen Initiative Markwalder [15.409](#) (der beide Kammern und ihre jeweils zuständigen Kommissionen Folge gegeben haben). Sie soll gewisse prozessuale Nachteile beseitigen, die Schweizer Unternehmen in ausländischen Gerichtsverfahren erleiden.

Die Vorschläge zur Erweiterung und Ergänzung der Verbandsklage und zur Schaffung eines Gruppenvergleichsverfahrens lehnt unsere Kommission nicht grundsätzlich ab. Wir haben allerdings gewisse Zweifel, ob sich die geplanten Anpassungen in der Praxis wirklich bewähren werden und ob damit ein massvoller Ausbau der kollektiven Rechtsdurchsetzung möglich ist, ohne die in den USA beobachteten negativen Auswirkungen des amerikanischen Sammelklagesystems in unsere Gesetzgebung zu übernehmen. Wir verlangen daher die Aufnahme einer Evaluationsklausel in die Vorlage, gemäss der das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) dem Bundesrat fünf Jahre nach dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen einen Bericht über deren Evaluation vorlegen muss. Das EJPD muss zudem Vorschläge zum weiteren Vorgehen unterbreiten (z.B. eine allfällige Aufhebung).

Wir hoffen sehr, dass unsere Empfehlungen berücksichtigt werden, und stehen Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jean-François Rime  
Co-Präsident des KMU-Forums  
Nationalrat



Dr. Eric Jakob  
Co-Präsident des KMU-Forums  
Botschafter, Leiter der Direktion für  
Standortförderung des Staatssekretariats für  
Wirtschaft (SECO)

Kopie an: Kommissionen für Rechtsfragen des Parlaments